

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Bezugsband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Litauengebiet sowie die früheren deutschen Gebiete u. Litauen 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 80.

Die achtgepaltenen Kompensationscheine über dem Reim kostet 4.- M. einschließlich des Transportgebührens. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Transportgebühren. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 2.50 M. extra pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rededuell zwischen Lloyd George und Briand

Die englische Regierung für die Zuteilung des Industriegebietes an Deutschland Eine neue Beratung der Sachverständigen — Auf dem Wege zum Kompromiß

Die Sitzung vom Dienstag

Paris, 9. August.

Havas berichtet: In der heutigen zweiten Sitzung des Obersten Rates ergriff an erster Stelle General De Rond das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor Ankündigung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gäbe eine deutsche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet, die Streitkräfte seien nicht aufgelöst. Polen und Deutsche könnten jeden Augenblick über 100 000 Kämpfer verfügen. De Rond nannte Oberschlesien einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei.

Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erkannte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Hoerster sich nur erhoben hätten, um die polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er sagte, die Entsendung von Truppenverstärkungen sei nicht nötig, wohl aber ein rascher Entschluß und die Aufrechterhaltung der Einheit der interalliierten Aktion.

Der italienische General de Marinis erkannte an, daß die Truppen, über welche die Oberkommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und für eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nachher zurückgezogen werden könnten.

Hierauf ergriff Lloyd George das Wort zu längeren Ausführungen über die englischen Thesen. Die Rede wird von Havas in folgender Fassung verbreitet:

Lloyd George zeigte den Ernst des oberschlesischen Problems, eins der verwirrendsten, das je den Obersten Rat beschäftigt habe. Die Verantwortung der Alliierten wird ungenügend, wenn nach der erfolgten Entscheidung ein Konflikt entstehen werde. Lloyd George bemerkte, daß die Regelung des oberschlesischen Problems ganz besonders den drei Mächten zufalle, die die Aufgabe übernommen hätten, die Volksabstimmung in Gemäßheit des Friedensvertrages von Versailles durchzuführen zu lassen, also Frankreich, Italien und Großbritannien. Die beiden letzten Mächte hätten in der Frage die gleiche Ansicht. Der französische Standpunkt sei verschieden. Man müsse versuchen, die in Frage kommenden Thesen auszugleichen, denn der Weltfriede hänge von der Entscheidung, die getroffen werde, ab. Die Regelung der Frage könne nicht auf Kosten der Mehrheit der schlesischen Bevölkerung erfolgen.

Zur näheren Kennzeichnung dieser Mehrheit entwickelte Lloyd George die Geschichte Oberschlesiens, das zum Teil deutsch und zum Teil österreichisch gewesen sei. Deshalb habe man im Verlaufe der Friedenskonferenz nicht zugestanden, daß keine Bevölkerung der einen homogenen Ganze darstelle. Diese Ansicht sei durch das Ergebnis der Volksabstimmung bestätigt worden. Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5 200 000 enthalte nur 1 200 000 Polen. Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme.

Lloyd George schlug alsdann vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen, die Prüfung wird auf folgende Grundlinien erfolgen:

1. Alle Stimmen müßten für die Zuteilung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zuteilung könne nicht gemeindefreie erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe.

2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganze betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Die Industriezone, die viel angelegener sein sollte, als es der französische Vorschlag vorbringe, sei eine künstliche Schöpfung. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe.

3. Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine eigene wirtschaftliche Einheit.

Lloyd George sagte zum Schluß, er verstehe vollkommen den Wunsch Frankreichs, Garantien in bezug auf seine Sicherheit zu haben. Der Oberste Rat werde sicher darauf Rücksicht nehmen. Wenn Frankreich aus neue ungerichtet angegriffen werde, so werde das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite stehen. Aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Gefahr, es müsse von seinem Sieg mit Mäßigung und Billigkeit Gebrauch machen.

Heute nachmittags werden Briand und Bonomi den französischen und den italienischen Standpunkt entwickeln. Der Bericht von Havas fügt diesem Bericht hinzu, der Eindruck, den

man aus der Vormittagsitzung habe, sei, daß man sich einem Kompromiß nähere. Die Tatsache, daß man Sachverständige gebeten habe, die Frage aufs neue in Betracht zu ziehen, scheine ein günstiges Anzeichen zu sein. Es sei auch möglich, daß die privaten Unterhaltungen, die Briand und Loucheur heute beim Frühstück mit Lloyd George und Lord Curzon hatten, geeignet gewesen wären, die Verhandlungen zu fördern, die ganz besonders von einem Uebereinkommen der französischen und der englischen Vertreter abhängen.

Das Bureau „Et Europe“ berichtet über den wichtigsten Teil der Rede Lloyd Georges folgendermaßen: „Oberschlesien“, sagte Lloyd George, „gehört seit vielen Jahrhunderten zu Deutschland, also länger als die Normandie Frankreich angehört. Es ist richtig, daß Schlesien zuerst zu Österreich gehörte, bis es ihm von Preußen dem Großen entzogen wurde. Aber auch in diesem Falle war es jahrhundertlang deutsch, also länger als Elsaß-Lothringen französische Provinz war, ehe es Frankreich 1871 entzogen wurde. Von einer Gesamtbevölkerung von 5 200 000 Einwohnern sind nur 1 200 000 polnischer Nationalität. Das Abstammungsgebiet stellt nur einen Teil Oberschlesiens dar. Trotzdem ergab die Abstimmung vom 20. März zugunsten Deutschlands eine gewaltige Mehrheit“. Unter diesen Umständen schlug der englische Premierminister vor, daß man den Sachverständigen neue Weisungen auf folgender Grundlage gebe: 1. Jede der abgegebenen Stimmen soll nach ihrem Eigenwert beurteilt werden. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Stimme eines Landmanns der eines Handwerkers überlegen sein solle, und ebensowenig, daß das Industriegebiet als eine künstliche Schöpfung anzusehen sei. 2. Die industrielle Einheit, die sich mit 2 zu 1 Stimmen für Deutschland aussprach, soll Deutschland zugewiesen werden. 3. Die dem Industriegebiet benachbarten Teile sollen Gegenstand einer ersten Prüfung sein, um festzustellen, in welcher Weise sie man an das Industriegebiet anschließen könne.

Die Antwort Briands

Um 4.30 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Sie wurde eröffnet mit einer Antwortrede Briands auf die Ausführungen Lloyd Georges, über die bisher folgender Bericht vorliegt. Briand erklärte zunächst, daß die französische Politik keinerlei brutalen Charakter habe, aber England müsse sich darüber Rechenschaft ablegen, daß es Sieger und Besiegte gebe. Der Versailler Vertrag habe die Verantwortlichkeiten festgelegt. Wie edelmütig auch die Haltung Frankreichs sein möge, so könne es doch nicht zugeben, daß die Besiegten ein bevorzugtes Schicksal hätten. Die Alliierten hätten Entscheidung getroffen, Polen wieder aufleben zu lassen. Infolgedessen müsse man Polen die Möglichkeit geben, zu leben. Die Grenze Polens wurde vom völkerrechtlichen Standpunkt aus sorgfältig studiert. Die Friedenskonferenz hatte zuerst einstimmig den Willen, Oberschlesien den Polen zuzuwenden. Daraus folge, daß sich Polen große Hoffnungen bezüglich Oberschlesiens gemacht habe, die man nicht zu sehr enttäuschen dürfe. Briand bemüht sich zu beweisen, daß Oberschlesien keineswegs deutsch sei. Er erklärt, daß er seine Argumente aus deutschen Büchern schöpfe und protestiert gegen die Behauptung Lloyd Georges, indem er erklärt, daß Frankreich niemals die Absicht hatte, die Stimmen der Arbeiter als weniger wertvoll anzusehen als die der Bauern. Sodann spricht Briand eingehend über das Industriegebiet und schließt seine Rede mit der Versicherung, er hoffe, man werde zu einem Einvernehmen gelangen. Falls dies nicht möglich sei, würden unberechenbare Folgen entstehen. In jedem Falle aber werde sich die französische Regierung sehr verständlich zeigen. Nach einer Unterbrechung der Sitzung redierte man sodann die orientalische Frage.

Lloyd George hat noch kurz vor seiner Abreise aus London einem Mitarbeiter des Geneser „Intransigeant“ gegenüber ausgeführt, daß Oberschlesien vom historischen Standpunkt aus überhaupt nicht polnisch sei, wenn auch mit der Zeit eine große Anzahl von Polen als Bergarbeiter dorthin eingewandert sein mögen. Die Abstimmung hätte sich so zersplittert, daß es praktisch genommen, unmöglich sei, auf Grund der Abstimmungsergebnisse eine Teilung vorzunehmen. Die oberschlesische Frage sei im hohen Grade geeignet, den Weltfrieden zu stören. Deswegen dürften sich die Alliierten weder durch Sympathien noch durch Antipathien beeinflussen lassen, sondern bei ihren Entscheidungen müßten Recht und Gerechtigkeit die leitenden Faktoren sein. Wenn die Entente von Deutschland verlange, daß es seinen Verpflichtungen nachkomme, so müsse sie selbst den Versailler Vertrag erfüllen, ganz gleich, ob die Lage für sie angenehm oder nicht angenehm sei.

Die gleichen Anschauungen hat Lloyd George auch in seiner gestrigen Rede im Obersten Rat entwickelt. Er scheint, nach den bisher vorliegenden Berichten zu urteilen, von der

Auffassung ausgegangen zu sein, daß ganz Schlesien die Grundlage für die zu treffende Entscheidung bilden müsse, und daß es unsinnig sei, ein Stück von dieser Provinz oder gar ein Stück nur von Oberschlesien für sich zu behandeln. Mit denselben Worten wie jüngst der deutsche Reichskanzler sagte der englische Premier, daß man aus Oberschlesien nicht ein neues Elsaß-Lothringen machen, also nicht einen dauernden Zankapfel zwischen Deutschland und Polen schaffen, den Reim zu neuer Zwietracht zwischen Frankreich und Deutschland legen dürfe. Seine Ausführungen scheinen auf den Obersten Rat Eindruck gemacht zu haben, denn nur allein aus Höflichkeit der britischen Regierung gegenüber dürfte man sich dem Vorschlag, eine neue Prüfung durch Sachverständige und auf ganz bestimmten Grundlinien vornehmen zu lassen, nicht angeschlossen haben. Diese Grundlinien weichen aber erheblich von dem bisherigen französischen Standpunkt ab.

Zunächst ist der französische Vorschlag, die Teilung auf Grund der Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Gemeinden vorzunehmen, fallen gelassen worden. Wie es scheint, soll die Wirtschaftseinheit größerer Gebiete allein bestimmend für die Entscheidung sein. Und da ist es besonders wichtig, daß nach diesen Grundlinien das Industriegebiet Deutschland zugesprochen werden soll; das dort die Mehrheit erlangt hat. Es kann sich aber nicht allein, wenn man die englische Auffassung richtig interpretiert, um das engere Industriegebiet handeln, das sich um die vorwiegend deutschen Städte, wie Beuthen, Rattowitz, Gleiwitz und Hindenburg, gruppiert. Sondern wenn man von der wirtschaftlichen Einheit des ganzen Gebietes ausgeht, so müßten auch noch wesentliche Teile aus jenen Kreisen hinzugezählt werden, die eine polnische Mehrheit ergeben haben. Führt man diese Auffassung folgerichtig durch, so könnten die Polen überhaupt keinen Anspruch auf wesentliche Städte Oberschlesiens erheben, denn auch die Kreise Pleß und Rohnitz, die im gewissen Sinne noch bergbauliches und industrielles Neuland sind, hängen doch schon zum großen Teile wirtschaftlich fast unlöslich mit dem eigentlichen Industriegebiet zusammen.

Das schien auch Lloyd George zu meinen, als er verlangte, daß die Frage ernstlich geprüft werden soll, in welcher Weise über die Gegenden mit polnischer Mehrheit, die aus der Einheit des Gebietes nicht gelöst werden können, entschieden werden solle. Das ist aber gerade der schmerzhafteste Punkt in der französischen Auffassung. Wenn die Bestimmungen Recht behalten hätten, so würde es gerade bei diesem Punkt zum Bruch zwischen der englischen und der französischen Auffassung gekommen sein. Aber die Rede Briands, die auf die Ausführungen Lloyd Georges folgte, scheint durchaus nicht von jenem starren und unzerlöshlichen Geist beherrscht gewesen zu sein, den die französischen Nationalisten ihrem Ministerpräsidenten monatlang empfohlen haben. Ebenso entschieden, wie der englische Premierminister sich für fair play gegenüber Deutschland aussprach, hat Lloyd George auch betont, daß Frankreich darauf rechnen könne, England wieder auf seiner Seite zu finden, wenn es von neuem ungerichtet angegriffen werden sollte. Es ist nur möglich, daß das Kompromiß, auf das man zusteuert, als Entschädigung für die Aufgabe der bisherigen Auffassungen über die oberschlesische Frage gewisse Zugeständnisse an die innerpolitischen Bedürfnisse des französischen Ministerpräsidenten enthält. In welcher Richtung sie sich bewegen werden, darüber weiß man heute noch nichts. Jedenfalls kann man aber hoffen, daß die Entscheidung über Oberschlesien ein günstigeres Gesicht zeigen wird, als man bisher anzunehmen allen Grund hatte.

Und man darf weiter hoffen, daß diese Entscheidung, auch wenn sie für Deutschland günstig sein sollte, in Polen nicht so aufgenommen werden wird, daß eine dauernde Verstimmlung gegenüber Deutschland zurückbleiben könnte. Oft genug schon haben wir darauf hingewiesen, wie eng verbunden die deutschen und die polnischen Interessen miteinander sind. Auch die deutsche Regierung hat noch vor kurzem erklärt, daß sie alles tun würde, um die Wirtschaftsbeziehungen zu Polen wieder in Gang zu bringen, wenn erst die oberschlesische Frage bereinigt sei, und daß Polen keinen wirtschaftlichen Vorteil erleiden solle, auch wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht so ausfallen sollte, wie der polnische Nationalismus es gern gewünscht hätte. So sehr wir geneigt sind, derartige offiziellen Äußerungen mit Mißtrauen zu begreifen, muß doch in diesem Falle gesagt werden, daß selbst die zurückhaltendste Regierung Deutschlands nichts anderes tun kann, als an einer möglichst schnellen Herstellung guter wirtschaftlicher und politischer Beziehungen nicht nur zu Polen, sondern zum übrigen Osteuropa zu arbeiten.

Auf der Konferenz wurde immer wieder betont, daß man jetzt zu einer schnellen Entscheidung kommen muß.

und daß kein neues Zwischenstadium geschaffen werden dürfe. Es ist anzunehmen, daß der Oberste Rat der Alliierten seine Beratungen abschließen wird, sobald der neue Sachverständigenausschuß sein Gutachten erstattet hat.

Eine kritische Woche

Von Rud. Breitscheid

Genosse Breitscheid weist zur Zeit, wie unsere Leser wissen, in Paris, die in selbstständiger nicht im Auftrag von Reich und Nation, sondern in eigener Verantwortung die deutsch-französischen und die kommunistische Bewegung vertritt. Die deutsche Seite der Einigung einig französischer Freunde, und er darf wohl noch das Recht für sich in Anspruch nehmen, das Ziel und den Zeitpunkt einer Reise selbst zu wählen. Die Verantwortung der deutschen Seite ist nicht zu unterschätzen, wie die der französischen Seite.

Die nachfolgenden Ausführungen sind bereits am Sonntag nicht gezeichnet worden. Im Inhalt ist durch die bisherigen Besprechungen des Obersten Rats noch nicht überholt.

Paris, 7. August.

Oberschlesien überschattet alles andere, und man gibt sich hier in allen Lagern volle Rechenschaft von der Bedeutung der bevorstehenden Entscheidungen. „Die Völker wie die Regierungen“, sagt beispielsweise der „Tempo“, „müssen sich darüber klar sein, daß die Zukunft der französisch-englischen Entente und die Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiel stehen.“

Zuweilen kann man fast den Eindruck gewinnen, als ob die Lösung des ober-schlesischen Problems an sich von geringerer Bedeutung wäre als die Gestaltung der englisch-französischen Beziehungen, und Bertinaz wagt im „Echo de Paris“ die Formel zu formulieren: „Kann die Entente aufrechterhalten werden? Sind Frankreich und England in der Lage, ihre beiderseitigen Auffassungen über die deutschen Angelegenheiten miteinander in Einklang zu bringen? Wir wünschen von ganzem Herzen, daß diese Frage mit Ja beantwortet werden kann, aber wir verlernen nicht die Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Der Versuch, sie zu verbergen oder zu vertagen, würde vergeblich sein. Sie würden sehr bald noch juchzbarer werden.“

Indessen, es bleibt auf alle Fälle dabei, daß Deutschland und insbesondere Oberschlesien das Objekt des Kampfes ist. Die Gestaltung unserer innerpolitischen und außenpolitischen Geschichte hängt in hohem Maße davon ab, ob und wie sich die Alliierten in dieser Woche verständigen werden.

Vorläufig sieht es so aus, als ob eine Basis für die Einigung nicht vorhanden sei. Die Sachverständigen sind nach Beratungen, die über eine Woche dauerten, auseinandergegangen, ohne daß sie zu einer Übereinstimmung gelangt wären. Sie legen dem Obersten Rat kein einheitliches Votum vor, sondern die Franzosen, die Engländer und Italiener vertreten jeder für sich ihre Auffassungen. Der Oberste Rat muß von vorn beginnen, und er hat höchstens den Vorteil, sich bei seinen Diskussionen auf die Dokumente stützen zu können, die die einzelnen Sachverständigen ihren Vorschlägen beigegeben haben. Einstweilen halten eben Frankreich sowohl wie England an ihren voneinander abweichenden Ansichten fest, und von Italien darf man annehmen, daß sein Standpunkt sich im wesentlichen mit dem englischen deckt.

Ein hochstehender französischer Staatsmann soll scherzhaft geäußert haben, es werde wohl nötig sein, in den nächsten Tagen das Ministerium des Auswärtigen militärisch zu besetzen, um Anrufen zu verhindern. Sicher ist jedenfalls, daß die Meinungen sehr stark auseinanderklaffen werden, und vielleicht wird wieder einmal der Moment kommen, wo ein Bruch unvermeidlich scheint. Aber nichts wäre fasslicher, als auf einen solchen Bruch zu spekulieren. Alles spricht dafür, daß man sich nicht leicht so oder so vertragen wird, und sei es auch nur auf dem Boden einer provisorischen Lösung.

Die einander entgegenstehenden Thesen sind bekannt. Frankreich will das eigentliche Industriegebiet den Polen überweisen, wobei übrigens alle Vorkehrungen für die Belieferung Deutschlands und die Beteiligung Polens an den Reparationszahlungen getroffen werden sollen. England und mit ihm Italien wollen den Polen Ploß und Ragnit und kleinere Teile des Industriebezirks geben. Ganz Oberschlesien bleibt Deutschland unter keinen Umständen erhalten, und es ist gut, daß das Kabinett Wirth in der letzten Zeit darauf verzichtet hat, einen deutschen Rechtsanspruch auf das ungeteilte Abteilungsgebiet zu verkünden. Man soll sich an den klaren Wortlaut des Versailles-Vertrages halten und man soll außerdem beim Volke keine unerfüllbaren Illusionen erwecken.

Die beiden Projekte erhalten erhöhte Wichtigkeit durch die politischen Grundausfassungen, auf denen sie sich aufbauen. In sehr interessanter Formulierung stellt das „Echo de Paris“, das Organ des rechten Flügels der Nationalisten sie einander gegenüber:

„Frankreich will Sicherheit; das ist sein einziger Imperialismus. Es weiß, was die germanische Zivilisation bedeutet hat und für die Welt bedeuten kann; aber es weigert sich, ihr das Opfer seiner Unabhängigkeit zu bringen. Durch Erfahrung belehrt, fordert es Garantien, zu deren Beseitigung den Nachbarn die physische Kraft fehlt. Es glaubt, daß je stärker die Garantien sind, Deutschland sich um so schwerer durch den Geist der Renouance wird beherrschen lassen und um so bereitwilliger die stützende Reform seiner kommenden Generationen vollziehen wird. England neigt dem Gedanken zu, daß es solche Garantien nicht gibt, und daß das einzige Mittel, die Deutschen von ihren Kriegsplänen abzubringen, darin besteht, ihnen einige der Vorteile zu gewähren, die ein glücklich durchgeführtes kriegerisches Unternehmen ihnen verschaffen könnte.“

Die Interpretation der englischen Auffassung ist ohne Zweifel schief, die der französischen ist sicher richtig, soweit der französische Nationalismus und die Kammermehrheit in Frage kommen. Aber es ist notwendig, zwischen der reaktionären Mehrheit des Parlaments und der Regierung einen gewissen Unterschied zu machen.

Ich glaube, es darf gesagt werden, daß Briand die Situation nicht ganz so beurteilt, wie das „Echo de Paris“. Er ist zu klug, um insbesondere an die heimliche Wirkung der Gewaltmaßnahmen zu glauben. Er kennt die Folgen, die ein Triumph Frankreichs in der ober-schlesischen Angelegenheit nach sich ziehen würde. Er weiß, was ein Sturz des Kabinetts Wirth wegen seiner Außenpolitik in diesem Augenblick für die internationale Politik bedeutete. Aber er ist nun einmal nicht frei in seinen Entschlüssen. Er muß dem nationalen Bloß Rechnung tragen. Er kann nicht Zugeständnisse machen, die er im Innersten seines Herzens vielleicht für angebracht halten würde. Poincaré steht vor der Tür und so zweckmäßig Herrn Briand die Erhaltung einer republikanischen Regierung in Deutschland erscheinen mag, für noch notwendiger erscheint er — und vielleicht nicht mit Unrecht — die Sicherung seiner eigenen Stellung.

Die Stärke des Nationalismus hemmt die Bewegungsfreiheit des französischen Ministerpräsidenten, und selber gibt es auch außerhalb des Parlaments kein Gegengewicht, das die Regierung in die Wagshale werfen könnte. Die Arbeiterbewegung ist äusserlich schwach, und der Kommunismus — wenn anders man die Partei der Cachin und Frossard wirklich eine kommunistische nennen darf — hat durch seine Zersplitterungsarbeit auch die moralische Kraft des Proletariats ungeheuer

geschwächt. Wer eine sozialistische Revolution in Frankreich als eine Möglichkeit naher Zukunft hinstellt, läßt bewußt. Im besten Fall können die nächsten Wahlen dem Sozialismus wieder einen größeren Einfluß verschaffen.

Der französische Nationalismus bildet einstweilen eine unübersteigliche Mauer, und so ist die Frage, wie ich fürchte, nur die, ob Lloyd George sich ihm schließlich nach einigen mehr oder weniger unbedeutenden Zugeständnissen Briands anpassen wird, oder ob das endgültige Schicksal Oberschlesiens nach wie vor in der Schwebe bleibt. In Deutschland soll man sich entscheiden, was vorzuziehen wäre, sich gleichzeitig aber auch auf neue die Gewissensfrage vorlegen, woraus der französische Nationalismus ein gut Teil seiner Stärke zieht.

Englische Pressstimmen

London, 9. August.

Die Berichte aus Paris lauten im allgemeinen optimistisch. Reuter meldet, es herrsche das Gefühl vor, daß die Konferenz unter günstigeren Bedingungen und in einer weit besseren Atmosphäre eröffnet werde als sie vor etwa einer Woche vorhanden war. Auf allen Seiten sei das Verlangen offenbar, eine Lösung der verwickeltesten schwierigen Probleme zu finden. Sowohl Lloyd George als auch Briand stehen unter dem Eindruck des guten Anfangs der Verhandlungen. Lloyd George hofft seine Aufgabe so rechtzeitig zu erledigen, daß er bis zum nächsten Sonntag wieder in London sein kann. Briand drückt dem Erziehung-Vizepräsidenten gegenüber sein Vertrauen in den Erfolg der Pariser Konferenz aus, da es im Interesse jedermanns liegt, daß die ober-schlesische Frage so bald wie möglich geregelt werde. „Evening News“ kann jedoch keine Anzeichen entdecken, die auf einen Ausweg aus den ober-schlesischen Schwierigkeiten deuten. Eine Meldung aus Paris besagt, daß das ober-schlesische Problem sehr schwierig sei, da die Franzosen vollkommen entschlossen seien, Deutschland das Industriegebiet nicht zu geben. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ hält die Aussichten für nicht allzu günstig, hofft jedoch, daß die Konferenz nicht mit einem Abbruch enden werde, da sowohl Briand als Lloyd George trotz aller Meinungsverschiedenheiten darin übereinkommen, daß die Entente fortbestehen müsse. Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt weiter, daß auch in der Frage der Politik im nahen Osten, wo Frankreich offen auf Seiten der Türkei, England auf Seiten Griechenlands steht, in der Sanktionsfrage, in der Frage der Leipziger Urteile und vielleicht sogar in der Frage der Hilfeleistung für Rußland verschiedene Standpunkte vertreten werden.

Kriegerischer Antisemitismus

Die weiteren Einzelheiten über die antisemitischen Ausschreitungen in Memmingen lassen erkennen, daß es sich hier um einen sorgfältig vorbereiteten Pogrom handelt, der anscheinend als erster in einer Reihe weiterer Pogrome geplant ist. Wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, steht es fest, daß ein bestimmter Kreis unter Führung des praktischen Arztes Dr. Siecus die Erregung der Arbeiterklasse über die schwierigen Ernährungsverhältnisse in Memmingen auf die jüdischen Kaufleute abzulenkten suchte. Die Tafel, die dem Kaffeeabfabrikanten Rosenbaum um den Hals gehängt werden sollte, wurde von einem Demonstranten bereits fertig mitgebracht. Charakteristisch ist auch, daß der Erste Staatsanwalt der Forderung der pogromklüsternden Menge sofort nachgab und einen Haftbefehl gegen Rosenbaum erließ, obwohl die erhobene Beschuldigung des Milchwunders auf Grund amtlicher Erhebungen als unbegründet erklärt wird. Auch die Verhaftung wurde in einer Weise durchgeführt, daß Rosenbaum angepöbeln, beschimpft, verprügelt und schlimm zugerichtet im Gefängnis eingeliefert wurde.

In der Meldung des „Berliner Tageblattes“ heißt es, daß die Pogrombege in Memmingen zwar nicht bei den christlichen Gewerkschaften, wohl aber bei den „linksradikalen Elementen“ Erfolg gehabt habe. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß hier ein Zusammenhang zwischen den deutschnationalen Pogromisten und den linksradikalen Kreisen der Arbeiterklasse konstruiert wird. Mag sein, daß irgendwelche deklarierte proletarische Elemente, denen in ihrer Notlage jedes Mittel recht ist, den deutschnationalen Hechern nachgelaufen sind; von sozialistischen, klassenbewußten Arbeitern jedoch wird niemand anders als mit dem größten Abscheu sich zu den demagogischen Aufwiegelungen der antisemitischen Pogromisten verhalten haben.

Die Ausschreitungen in Memmingen verdienen nicht nur deshalb besondere Beachtung, weil sie die Zustände in Bayern grell beleuchten und die Früchte der monatelangen Pogrombege des „Miesbacher Anzeigers“ und ähnlicher Propaganditen deutlich erkennen lassen, sie sind auch deshalb wichtig, weil sie die Richtung zeigen, die der kriegerische Antisemitismus in Bayern wie im Reich neuerdings eingeschlagen hat. Nachdem die verschiedenen Schutz- und Truhbünde seit Jahr und Tag mit Hilfe von Flugblättern eine intensive Wahlarbeit im ganzen Reich entfaltet haben, wird in letzter Zeit in den verschiedenen, auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschnationalen stehenden Organen versucht, einzelne Teile der Arbeiterklasse dadurch zu lockern, daß ihre sozialpolitischen Forderungen mit einem aktiven Kampf gegen das „jüdische Kapital“, die „Judenregierung“ usw. verknüpft werden.

Ueberflüssig zu sagen, daß die von den deutschnationalen Pogromisten simulierte „Arbeiterfreundschaft“ nichts weiter ist als Lug und Trug. Ihr Zweck ist lediglich der, einzelne Teile der Arbeiterklasse für die reaktionären Bestrebungen der Deutschnationalen einzufangen und die Empörung des arbeitenden Volkes in der Richtung des geringsten Widerstandes abzulenken. Wollten diese mit dem Hakenkreuz geschmückten „Revolutionäre“ tatsächlich für die in Not verfallende Arbeiterschaft etwas tun, so hätten sie dazu Gelegenheit genug, indem sie vor allen Dingen dem schamlosen Lebensmittelwucher der deutschnationalen Junker und Bauern ein Ende setzten. Daß sie in dieser Beziehung nichts tun, ist Beweis genug für ihre elende politische Heuchelei. Die deutsche Arbeiterschaft hat dieses verwerfliche Spiel schon längst durchschaut und wird es nicht dulden, daß einzelne Teile von ihr irreführt durch eine schamlose Demagogie, als Werkzeug des kriegerischen Antisemitismus mißbraucht werden.

Der angebliche Mörder Tizjas

Zu der in Hamburg erfolgten Verhaftung des Ungarn Czernog erfährt die U. A., die Behauptung, daß Czernog an der Ermordung Tizjas teilgenommen hat, erscheint nach dem Ergebnis des Tizja-Prozesses höchst zweifelhaft. Es hat sich im Gegenteil ergeben, daß alle bisher des Tizjamordes verdächtigten Personen unschuldig waren. Czernog selbst bestreitet ganz entschieden, an der Tat irgendwie beteiligt zu sein. Ein Auslieferungsgesuch der ungarischen Regierung dürfte demnach auf recht schwachen rechtlichen Grundlagen beruhen.

Sei lewet noch!

Wilhelm an „sein“ Volk

Unser Kaiser ist ein guter Mann. Er gibt sich für die Armen her. Wer sich an ihn wendet, findet immer Rat und Hilfe. Er hat schon manchem aus der Not geholfen. So lagten während der glorreichen Regierungszeit Wilhelms II. manche treue Untertanen. Das Märchen von der Wildtätigkeit der Monarchen wurde gesittlich in der Volksschule gelehrt, die Schulbücher erzählten es, und auch manche deutsche Zeitung trug zur Verbreitung dieses Sagenstoffes bei. Da die Dummen nie alle werden, richten auch heute noch manche Deutsche Bittgesuche an den verstorbenen Monarchen. Ihre Zahl scheint sehr groß zu sein, wie das folgende, uns im gedruckten Formular vorliegende Schreiben lehrt:

Hofmarschallamt
Seine Majestät des Kaisers und Königs
Wilhelm II.

Haus Doorn, den 3. 8. 1921.

Bei den infolge der großen Not in unserem Vaterlande begreiflicherweise hier täglich eingehenden zahllosen Gesuchen um Gewährung von Unterstützungen oder Darlehen ist es mangels ausreichender Schreibkräfte leider nicht möglich, jedes Gesuch handschriftlich zu beantworten. Das Hofmarschallamt sieht sich daher genötigt, den Weg der gedruckten Antwort zu wählen.

Von der geschicktesten Kollage haben Seine Majestät der Kaiser und König auch im vorliegenden Falle mit aufrichtigem Bedauern Kenntnis genommen. Die für derartige Zwecke verfügbaren Mittel sind aber längst aufgebraucht, und die Wirtschaft, und Balutaverhältnisse sind für die hiesige Verwaltung geradezu vernichtet, denn für 100 deutsche Mark gibt es durchschnittlich nur 4 holländische Gulden, so daß bei der auch in Holland herrschenden allgemeinen Teuerung von dem deutschen Gelde kaum das Notwendigste bestritten werden kann. Seine Majestät sind daher leider außerstande, die erbetene finanzielle Hilfe zu gewähren. Hofmarschallamt.

Die Tatsache, daß Wilhelm Hohenzollern sich genötigt sieht, derartige gedruckte Formulare ins Land gehen zu lassen, beweist, in welche Notlage der gekrönte Flüchtling geraten ist. Während er früher ein Herr von Lakaien und Trabanten zur Verfügung hatte, muß er sich heute mit einer Lauer von Druckmaschinen umgeben, um die Liebe „seines“ Volkes abzuwehren. Bei dieser Gelegenheit muß dem Manne aber auch gesagt werden, daß es eine ziemliche Anmaßung ist, wenn er sich immer noch als „Majestät“, „Kaiser“ und „König“ bezeichnen läßt. Gewiß, es gibt auch noch andere Leute, die sich derartige Titel zulegen, aber diese Leute werden in der Regel als grotzenwahnsinnig bezeichnet und in die Irrenhäuser gesperrt.

Die deutschnationalen alten Jungfern und die Jünglinge mit Hakenkreuzen werden zweifellos Tränen vergießen, daß der arme „seines“ Landes vertriebene Monarch seine Papiermillionen zu so ungünstigen Kurse einwechseln muß und deshalb Not leidet. Durch die abschlägig beschiedenen Bittgesuche kann dem monarchistischen Gedanken zweifellos ein starker Schlag verfeht werden. Wie wäre es, wenn angesichts dieser betrübenden Sachlage der preussische Staat auf schnellstem Wege einige Millionen nach Holland schickte, damit das „Hofmarschallamt“ den Wünschen der Bittsteller gerecht werden kann? Wilhelm Hohenzollern hat bisher — außer dem Verstorbenen — ja erst 70 Millionen Mark erhalten. Das ist bei der auch in „Holland“ herrschenden allgemeinen Teuerung“ tatsächlich eine so geringfügige Summe, daß sie unbedingt erhöht werden müßte, zumal wenn man bedenkt, daß ein Arbeitsloser in Deutschland pro Tag 12,50 Mark erhält.

Wie rührend

Als vor etlichen Jahrzehnten der damalige Prinz Heinrich von Preußen als Vertreter Wilhelms die Vereinigten Staaten besuchte und dabei auch dem deutschen „Krieger“verein in New York und den plattdeutschen Vereinen „Ami Ederförde“, „Burgerhude“ und „Ami Schwerin“ einen Besuch abstattete, machte Hans Rost in seiner „Freiheit“ die boshafte Bemerkung, der Besucher bei den „Kriegern“ sei gar nicht der Prinz Heinrich, sondern ein Doppeltgänger, der ihm aber gleiche von den großen Tühen bis zur Blase und ihm auch an Geistesgaben nicht überlegen sei.

Wittlerweise ist der von Wilhelm ausgefrenute Samen herangewachsen und die Hohenzollern haben nicht mehr nötig, Doppeltgänger zu den „Treudeutschen“ zu schicken, zumal sie ja weiter nichts zu tun haben und vermöge ihrer Veranlagung auch weiter nichts tun können, als Besuche zu machen. Das Geld haben sie ja dazu, dank dem Entgegenkommen, das ihnen von der preussischen Regierung gezeigt wurde, und dank der Schtebertätigkeit, die sie in der Republik ausübten. Und so reiste denn einer der vielgenanntesten Hohenzollern, der Prinz Eitel E. Schieberich, nach Engern im Ravensberger Lande zu einem Bekannten zu Besuch. „Haus bei Haus prangte im Schmutz der alten Fahnen, grünes Eichenlaub überspannte die Strahlen und schmückte die Häuser“, schreibt die „Kreuzzeitung“, „mehr als 10 000 getreue Ravensberger, meist aus altem weiswülischem Bauernstamm, waren herbeigeeilt, den Jollernprinzen zu grüßen. Gegen hundert Angehörige des Ersten Garde-Regiments zu Fuß, rapende Recken, tauschten Gruß und Handschlag mit ihrem alten Hauptmann“. Und „bitte grüßen Sie unseren lieben Kaiser von uns“, sagte der Bauer Ringtmeyer. „Noch lebt die alte Treue“, schließt die „Kreuzzeitung“ ihren Bericht. — Jawohl, die Hunde sind in Deutschland noch nicht ausgefrenzt, nur fehlt ihnen heute noch, wie zu Heines Zeiten, der Schwanz zum Wedeln.

Die Hilfsaktion für Rußland

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf am 15. August teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage einer internationalen Rote-Kreuz-Hilfe für Rußland beraten werden. Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor von Winterfeldt, hat geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entsprechen werde. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Rote Kreuz auf dem Standpunkt stehe, daß angesichts der Größe des russischen Problems nur auf breiter internationaler Basis dem notleidenden Rußland wirksame Hilfe gebracht werden könne.

Aufruf Lenins an das internationale Proletariat

Lenin hat einen Aufruf an das internationale Proletariat erlassen, worin er die furchtbare Misere in einigen Gebieten Sowjetrußlands schildert. Die Hungersnot sei die Folge sowohl der Rückständigkeit der russischen Kultur wie auch der sieben Jahre des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges in Sowjetrußland. Die Hilfe des internationalen Proletariats sei notwendig und werde trotz dessen eigener Notlage nicht ausbleiben. Die Fehls der Sowjetrepublik nähmen die Hungersnot zum Anlaß, um neue Interventionspläne zu schmieden und gegenrevolutionäre Verschwörungen im Inneren Sowjetrußlands zu entfesseln. Mit um so größerer Energie müsse das internationale Proletariat Sowjetrußland helfen.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Die Eiserne Internationale

Von Tony Sender, Frankfurt a. M.

In verhältnismäßig kurzer Folge ist auf den Ende August vorigen Jahres in Kopenhagen abgehaltenen achten, nunmehr auf den 8. August d. J. der neunten Internationale Metallarbeiter-Kongress nach Luzern einberufen worden. Die Bundesleitung kam damit dem zu Kopenhagen ausgesprochenen Willen des Kongresses nach. Die rasche Folge der Tagung beweist indessen auch, daß die Glieder des eisernen Weltbundes in vollem Maße die hohe Bedeutung zu würdigen wissen, die heute die internationale Zusammenfassung der Arbeiterschaft zu einem aktionsfähigen Organ hat, das organisatorisch und geistig immer mehr den großen Problemen gewachsen ist, die die Weltwirtschaft und Weltpolitik stellen.

Wohl hatten in Kopenhagen noch die Nachwirkungen des Krieges nachgehallt, denn das Versagen der proletarischen Internationale traf ja nicht nur bei der politischen, sondern auch für die wirtschaftlichen Organisationen zu. Dennoch war der Geist des achten Kongresses durchaus kameradschaftlich. Erfüllt von den bitteren Lehren vierjährigen Mordens und dessen Folgen, und von tiefstem Ernste befeuert, gingen die Kongreßteilnehmer an die notwendige Vorarbeit, um den Weg zu weiterer und besserer Entfaltung zu ebnen.

Schon in den konkreten Beschlüssen dieser Tagung drückte sich die grundsätzliche Wendung aus, die sich im Wesen der Eisernen Internationale vollzog. War diese in der Vorkriegszeit noch ein recht loses Gebilde, dessen Hauptaufgabe im gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch, allenfalls noch in der materiellen internationalen Unterstützung nationaler Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestand, so zeigte der in Kopenhagen gefasste, für alle Sektionen verbindende Beschluß zur Verweigerung von Herstellung und Transport von Kriegsmaterial für die Feinde Sowjet-Rußlands, daß man der Beteiligung internationaler proletarischer Solidarität eine viel weitgehendere, sich nicht auf enge Nuzergewerkschaftsaufgaben beschränkende Auslegung und Anwendung zu geben gewillt war.

Ebenso notwendig und klug war die in Kopenhagen beschlossene Überlegung und Personalveränderung der Bundesleitung. Der bisherige Leiter des in Deutschland wohnenden Bundessekretariats, Alexander Schilde, konnte durch seine nationalistische, die Kriegspolitik der Mittelmächte verteidigende Haltung während des Weltkrieges und auch die Haltung, die er in seiner Amtszeit als deutscher Arbeitsminister eingenommen hatte, unmöglich die Autorität und das Vertrauen besitzen, das einem internationalen Sekretär entgegengebracht werden muß, wenn er erfolgreich alle Glieder einer proletarischen Internationale zu gemeinsamem, unterschiedenen Völkern zusammenzuführen bestrebt ist. Der an seiner Stelle gewählte provisorische Sekretär, Konrad Jig, vom Schweizerischen Metallarbeiterverband, der auch im Kriege eine internationale Haltung bewahrt hatte und der Zimmerwalder Richtung angehörte, hat in den wenigen Monaten eine überaus tüchtige und großenteils erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Waren in Kopenhagen aus den verschiedensten Gründen die Italiener, Amerikaner und Engländer noch unvertreten, aus Amerika überhaupt keine Organisation angehängt, so ist das Erscheinen dieser Landesorganisationen für Luzern bereits zugesagt. Allerdings ist von den amerikanischen Organisationen bisher nur der bedeutende Maschinenbauerverband angehängt, während die anderen Fachorganisationen der Metallindustrie noch fehlen. Aber auch dieser Anschluß hat seine Bedeutung über den Rahmen der Metallarbeiter-Internationalen hinaus, zeigt er doch, daß Samuel Gompers reaktionäre Haltung, die ihn dazu veranlaßte, sich von der Amsterdamer Internationale wegen ihrer zu revolutionären Tendenz loszulösen, nicht von der gesamten Arbeiterschaft seines Landes gebilligt wird. Denn gerade der amerikanische Verband ist es, der für die Luzerner Tagung den Antrag stellte, daß die Berufsarbeiter der Welt, die Eisen und Stahl zu Waffen und Kriegsmunition werden lassen, durch eine weisse Benutzung dieser Macht künftige Kriege zu verhindern verpflichtet sein sollen.

Ungeklärt ist noch das Verhältnis der russischen Organisationen zum Bund. Bekanntlich wurde in Kopenhagen das Erscheinen der unter Führung Schapnikoffs stehenden russischen Delegation durch Verweigerung der Einreisegenehmigung durch die finnischen Regierungen verhindert. Auf eine schriftliche Anfrage des neuen Sekretärs erwiderte dann die russische Organisation, daß sie sich als zur Eisernen Internationale zugehörig betrachte. Allerdings hat sie der Internationale bis heute noch keinen Finnig Beitrag geleistet, was bei der sonst üblichen Freigebigkeit der russischen Organe einigermaßen auffallen muß. Sollte der Bund doch nicht nur eine formal organisatorische Zusammenfassung sein, sondern auch ein Organ zur aktiven Unterstützung von Kämpfen, die Mittel erfordern. Es sei hier nur die im verflochtenen Abschnitt erfolgte Unterstützung der finnischen und luxemburgischen Metallarbeiter in ihren Kämpfen sowie der durch die Horthy-Reaktion bedrohten ungarischen Metallarbeiter durch den Bund erwähnt. Noch mehr muß die Antwort der Russen bestreben, denn als in Kopenhagen die vollkommene Solidarität der Metallarbeiter-Internationalen mit der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen einmündig beschlossen worden war, hat selbst der spätere Führer der deutschen kommunistischen Absplitterungs-Gewerkschaftszentrale, Richard Müller, dafür gestimmt! Wie aber die russische Organisation über die Zweideutigkeit hinwegzukommen gedenkt, die Amsterdamer Internationale als „Agenten der Bourgeoisie“ zu bezeichnen und zu bekämpfen und sich doch gleichzeitig einer mit ihr solidarischen Facharbeiter-Internationalen anzuschließen, der dieselben Organisationen angehören wie Amsterdamer, ist ihr Geheimnis geblieben. Und dürfte es wohl auch bleiben, da bisher keine Anmeldung der russischen Organisation zum Luzerner Kongress, noch sonst irgendeine Nachricht von dort eingetroffen ist.

Die Metallarbeiter-Internationalen müßten nach den Angaben des auf die Jahre 1919/1920 bezüglichen Jahresberichts insgesamt die statistische Zahl von 3 347 188 Mitgliedern, die sich auf folgende Länder verteilen:

Amerika	350 000	Italien	151 730
Belgien	143 935	Luzern	25 000
Dänemark	23 600	Norwegen	21 830
Deutschland	1 357 935	Oesterreich	238 804
England	512 500	Schweden	70 122
Finnland	9 388	Schweiz	84 847
Frankreich	80 000	Ungarn-Slowakei	167 606
Holland	21 048	Ungarn	49 182

Die hauptsächlichste Aufgabe des Luzerner Kongresses wird die Reorganisation des Bundes sein. Er muß ein festes Gefüge bekommen, und es müssen auch die organisatorischen Konsequenzen aus den weitergeleiteten Zielen gezogen werden. Der

vom Kollegen Jig zu diesem Zwecke ausgearbeitete Statutenentwurf läßt denn auch in seinem ersten Paragraphen den „Zweck des Bundes“ wie folgt zusammen:

„Der Internationale Metallarbeiter-Bund ist eine Vereinigung von Metallarbeiter-Organisationen verschiedener Länder zu dem Zweck, die Solidarität und Zusammengehörigkeit der Metallarbeiter aller Länder zu fördern sowie durch Zusammenwirken auf internationalem Gebiete möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen und die Arbeiterschaft für die Übernahme der Produktion vorzubereiten.“ während es im Artikel 15 bei Ausführung der Aufgaben des Zentralkomitees unter 4 heißt:

„Stellungnahme zu internationalen wirtschaftlichen und politischen Ereignissen, wodurch die Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen oder bedroht wird.“

Wenn, was zu hoffen ist, der Luzerner Kongress sich diese im Borentwurf des Sekretärs formulierten Grundgedanken zu eigen macht, so bedeutet das einen ganz entschiedenen Rückmarsch nach vorwärts. Ohne jede, die Gefahr der Zersplitterung in sich tragende enge parteipolitische Bindung wird hier der innige Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Kampf und den politischen Ereignissen anerkannt und daraus die Pflicht der Eisernen Internationale abgeleitet, zu letzteren Stellung und nach Möglichkeit Einwirkung zu nehmen in der Richtung des im § 1 vorgezeichneten Endziels der Übernahme der Produktion durch das Proletariat.

Aufgabe der auf revolutionärem Boden stehenden Kongreßdelegationen wird es sein, ihren Einfluß zu möglichst klarer Herausarbeitung dieser Ziel- und Willensrichtung zu machen, so daß die Eiserne Internationale auch weiter vorwärtstreibend auf die Amsterdamer Internationale einwirkt. Durch solche Arbeit wird dem Weltproletariat der beste Dienst erwiesen.

Die neue Teuerungslawine

Während die Lebens- und Genussmittelpreise des Großhandels nach dem von der „Frankfurter Zeitung“ aufgestellten Preisindex schon im Juni eine Steigerung von 127 auf 144 erfuhren, zeigt die Anfang August angefertigte Berechnung ein weit gewaltigeres Emporschnellen der Preise. Gegenüber dem Monat vorher sind sie um annähernd 45 Prozent gestiegen. Sie werden von der „Frankfurter Zeitung“ mit 203 ausgewiesen.

Die Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ gehen vom 1. Januar 1920 aus und bezeichnen den damaligen Index für Lebens- und Genussmittel mit 100. Den bisher höchsten Stand zeigt der Monat November 1920 mit 177. Die jetzigen Großhandelspreise haben also jenen Höchststand bei weitem überholt. Erwägt man weiter, daß der Preisindex nach demselben Errechnungsverfahren nur 11,38 beträgt, so ergibt sich, daß die Großhandelspreise heute das Sechzehnfache der Vorkriegszeit betragen.

Alle Umstände sprechen aber dafür, daß dieses lawinenartige Anwachsen der Preise nicht nur keine Verminderung erfährt, sondern schon in naher Zukunft ein weiteres Anschwellen folgen wird. Es braucht ja nur daran erinnert zu werden, daß Mitte August die neuen Mehl- und Brotpreise in Kraft treten. Und im Herbst winken die neuen Steuern, die den Preisindex noch weiter in die Höhe treiben werden.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß eine bisher in ihren Ausmaßen noch ungeahnte Teuerungswelle gleich einer uralten Lawine auf das deutsche Proletariat niedergeht, deren schon heute verspürbaren ersten Wirkungen nur eine schützende Umkleidung sind. Und diese neue Teuerung trifft die deutsche Arbeiterschaft in demselben Augenblick, da sie nicht nur durch lange Entbehrungsjahre an Körper und Seele ausgemergelt ist, sondern auch noch mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat.

Es künden sich für das deutsche Proletariat schwere Existenzkämpfe an. Es gilt, die Ueberwälzung der Steuern auf die Befragten zu erzwingen und gegen das Unternehmertum Wände durchzusehen, die nicht nur der Teuerung Rechnung tragen, sondern den Lebensstand der Arbeiter auf das Niveau heben, auf das der Mensch Anspruch hat. Dabei muß dem Proletariat klar sein, daß sich das Kapital auf die bewaffnete Reaktion stützt, und daß ungewollt kein ökonomischer Kampf gegen das Unternehmertum gleichzeitig zum politischen Kampf gegen die Reaktion werden muß.

Auch die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet wird, ist im Monat Juli beträchtlich gestiegen. Sie beträgt 963, während sie im Juni 896 und im Monat Januar dieses Jahres, dem bis jetzt teuersten Monat, 824 erreicht hatte. Zu der Steigerung haben im Berichtsmontat Preissteigerungen für fast alle Nahrungsmittel, besonders für Hülsenfrüchte, Fett, Eier und Milch beigetragen. Vor allem fallen aber bei der Zusammenfassung der Berechnungen zugrunde liegenden „Normalration“ für die Feststellung der Reichsindexziffer die infolge der außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse stark in die Höhe gegangenen Preise für Gemüse und Kartoffeln neuer Ernte sehr ins Gewicht. Die Bewegung innerhalb des Reiches war, im Gegensatz zu den Vormonaten, ziemlich einheitlich. In fast allen Erhebungsgemeinden war eine Steigerung der Lebenshaltungskosten festzustellen.

Die Börse jubelt!

Während das Proletariat mit Schreden in die nächste Zukunft sieht, herrscht an der Börse, insofern des Wirtschaftlichen Steuerbucklets, größte Jubelstimmung. So berichtet der „Berliner Börsenkurier“ über die Montagobörse unter der fetten Überschrift „Sehr fest und lebhaft“:

„Die Veröffentlichungen über die Steuerentwürfe der Regierung bildeten selbstverständlich den Mittelpunkt der Erörterungen an der Börse. Besondere Ueberraschungen wurden allerdings durch die bisherigen Mitteilungen nicht herbeigeführt, die aber jedenfalls mit besonderer Deutlichkeit erkennen lassen, in welcher ungeheurem Maße (!) der Besitz zur Deckung der Kosten des Reiches herangezogen werden soll. Trotzdem lösten die jüngsten Verlautbarungen erneut eine lebhafteste Nachfrage am Aktienmarkt aus, so daß man wiederum nach mancher Richtung hin von einer „Katastrophen-Hausse“ sprechen kann.“

Die Kapitalisten wissen also sehr gut, daß die angebl. „ungeheure“ Heranziehung des Besitzes zu den Lasten nur ein nichts sagendes Gerücht ist und daß die Lebensfähigkeit des Kapitals nicht im mindesten berührt wird. Das muß der Arbeiterschaft die Augen öffnen und sie zu einer einheitlichen, geschlossenen Ablehnung zusammenschließen.

„Die gewissenlosen Volkswucherer“

T. U. München, 9. August.

Heute Abend ist der bayerische Landtag in seine Ferien getreten. Der Präsident Königsbauer hielt eine längere Schlussansprache, in der er auf die ungeheuren Belastungen hinwies, welche dem deutschen Volke in der nächsten Zeit bevorstehen. Es sei anzunehmen, daß eine neue Teuerungswelle hereindrehe, welche den minderbemittelten Volksteilen neuerdings die Lebenshaltung außerordentlich erschweren werde. Um so mehr müsse mit unerbittlicher Strenge gegen die gewissenlosen Volkswucherer vorgegangen werden, welche eine Hungerblockade gegen das eigene Volk aufzurichten wöllen.

Die Voraussagen des Präsidenten Königsbauer werden sehr schnell eintreffen. Schon jetzt ist ein allgemeines Anschwellen der Preise festzustellen. Wo sind nun diejenigen zu suchen, die die Preise in die Höhe treiben? Doch nur im Lager der Besitzenden, die sich vor jeder direkten Besteuerung drücken und für deren Interessen gerade die bayerische Volkspartei, zu der auch Herr Königsbauer gehört, nachhaltig eintritt. Den Wucher bekämpfen, heißt eben dem Kapitalismus bekämpfen, und in diesem Kampf wird die Arbeiterklasse allein stehen.

Der Fall des Professors Roseberg

Fauler Ausreden der preussischen Regierung

Zu der Ausweisung und Internierung des angeblichen Professors Roseberg d'Argento geht den P. P. N. vom Polizeipräsidenten folgende Mitteilung zu:

Es ist unrichtig, daß die polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit früheren Mitteilungen des „Wulfschen Deutschen Abendblattes“ stehen, wie die „Freiheit“ irrtümlich annimmt. Ausgangspunkt für das Vorgehen gegen den betreffenden russischen Staatsangehörigen — er heißt mit wahren Namen Moschee Rosenbergs — war vielmehr seine Zuschrift an die „Rote Fahne“ (Nr. 323 vom 17. 7. 21), in der er davon spricht, daß in den Reihen der politischen Polizei „gewöhnliche Verbrecher“ am Werke seien. Bei der polizeilichen Vernehmung des Rosenbergs stellte sich dann heraus, daß er den für Ausländer bestehenden Meldevorschriften nicht genügt hat und insofern die Polizeiverordnung vom 27. April 1920, welche bei unterlassener Meldung die Ausweisung androht, übertreten hat. Die in der Zuschrift an die „Rote Fahne“ enthaltene öffentliche Beschimpfung einer staatlichen Behörde in Verbindung mit dem Zusammenhandeln gegen die bestehenden Meldevorschriften bilden die Unterlage für die erfolgte Ausweisung. Da Rosenbergs hier in Berlin keine polizeilich gemeldete Wohnung besaß, wurde er bis zur Durchführung der Zwangsablieferung dem Sammellager in Stargard zugeführt.

Hierzu möchten wir bemerken, daß Professor Roseberg seit 15 Jahren seinen Wohnsitz in Deutschland hatte. Wenn es die kaiserliche Regierung nicht für erforderlich erachtete, ihn auszuweisen, ist es für die republikanische Regierung um so schmachvoller, ein derartiges Mittel anzuwenden. Im übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß die polizeiliche Verfolgung gegen Roseberg in dem Augenblick einsetzte, wo in dem Wulfsblatt die Behauptung gegen ihn erschien. Die Informationen konnten nur aus einer polizeilichen Spitzelquelle kommen. Roseberg hat dieserhalb allerdings eine Zuschrift an die „Rote Fahne“ geschickt, die dabei gebrauchten Ausdrücke gegen die Spitzelorgane waren gewiß hart, politisch betrachtet aber durchaus zutreffend. Wir halten wenigstens an der Behauptung, daß in der politischen Polizei gewöhnliche Verbrecher sitzen, solange fest, als die Beamten, die anstatt Oberst Bauer und Hauptmann Pabst zu verhaften, ihnen zur Flucht verhelfen — ein Vergehen, das mit Zuchthaus bestraft werden muß! — ihres Dienstes entbunden und dem Strafrichter zugeführt worden sind und bis die Verbrechen der Hundertjahre zur besonderen Verwendung eine Sühne gefunden haben.

Solange also die Polizei ihr eigenes Nest nicht sauber hält, solange wird sie sich das sagen lassen müssen, was zutreffend ist. Beleidigungen sind das nicht, sondern objektive Feststellungen.

Die Rückgratlosen

In der P. P. D. gab es kurze Zeit etwas wie eine Opposition der Führer. Sie gruppierte sich um Levi, arbeitete an dessen Zeitschrift „Unser Weg“ mit und machte den Versuch, im Lande die der P. P. D. noch verbliebenen Arbeiter zu sammeln und durch eine Palastrevolution die Futtertröge wieder für sich zu erobern. In Remscheid hatten die zur Opposition gehörigen O. Braß, Grüh und Schlösser und in Hanau die Handlke und Fröh Schnellbacher sogar Resolutionen durchgedrückt, die die jetzige Zentrale der P. P. D. verurteilten. Die Zentrale fuhr großes Geschloß gegen die Rebellen an, drohte ihnen das Schicksal Levis an und brachte die Oppositionsbeiden nach kurzer Zeit zur völligen Unterwerfung. In der Sitzung des Zentralausschusses der P. P. D. gab die Opposition folgende Erklärung ab:

„Die Unterzeichneten erkennen die Beschlüsse und Vereinbarungen des Moskauer Kongresses als bindend an und sind bereit, für ihre Durchführung innerhalb der Organisation Sorge zu tragen, auch im Kampfe gegen die, die die Beschlüsse bisher bekämpft haben.“

Unterzeichnet ist diese Erklärung von Wilhelm Barth, Floitner, Maria Zeilke, Bruno Peters, C. Seger, P. Neumann, A. Schilder, W. Kailer, Heidemann, Jol. Köring, Dahlem, Richard Köpffe, Gg. Handlke, Adolph Hoffmann, F. Schnellbacher, O. Braß, Carl Winckelner, Düwelle, Franken, Wegmann.

Fürwahr, es sind stolze Charaktere, die Barth, Köring, Schilder, Braß, Schnellbacher, Düwelle und Wegmann. Uebrigens ist ein Teil von ihnen, so Schilder, Köring, Franken, nicht zum erstenmal umgefallen, als ihnen der Profitorb entzogen werden sollte. Vor der Reinigung der P. P. D. auf dem Heilberberger Parteitag kippten diese Männer in der gleichen Weise um, als ihnen Levi — er war damals Allgemaltiger — die Entziehung der Parteistellung androhte.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beim Gehen des arbeitsfähigen Mannes bewahrt
Kukirol
Schachtel N. 2. — In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Glauben Sie an Sympathie?

Ich glaube fest daran. Ich halte sie für das einzige wirksame Mittel, mir meine Rundschaft zu erhalten. Deshalb lege ich so großen Wert darauf, daß jeder, der eines meiner 30 Geschäfte besucht hat, dies mit dem Gefühl verlassen soll, hier bist du gut bedient worden, hier kannst du mit Vertrauen wieder kaufen. Ihre Sympathie ist es, auf die ich Wert lege. Vielleicht ist mir nicht immer gegliückt, was ich erstrebe, weil ich nicht überall persönlich sein kann, aber es ist mein aufrichtiger Wunsch, mir die Sympathie meiner Kunden zu erwerben und zu erhalten. Und sollte es bei einem der

vielen dieser dieser Jassen mit nicht gelungen sein, so bitte ich hiermit aufrichtig darum, mir jetzt noch Gelegenheit zu geben, den Fehler wieder gutmachen zu dürfen, ganz gleich, wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es mich kosten mag. Schreiben Sie mir ein paar Zeilen oder, besser, besuchen Sie mich am Spittelmarkt, Wallstr. 1, im Direktionszimmer, zum mindesten telefonieren Sie mir unter Zentrum 112 16. Ich möchte gern jedem, der Augengläser benötigt, so helfen, wie er es erwartet. Kein Mittel will ich daran unberührt lassen. Nur darum gebe ich meine Garantie, monoch ich jeden Teil der Double- und Goldfassung umsonst repariere oder neu ersehe in der Garantiezeit von 1-4 Jahren. Nur darum garantiere ich für passende Augengläser

und verbitte mich zum Umtausch, bis Sie diejenigen Gläser gefunden haben, die Ihnen behagen. Doch nur in seltenen, ganz außergewöhnlichen Fällen wird solch Umtausch erforderlich sein, weil mein tüchtiges Personal sachmännisch gründlich vorgebildet ist und noch ständig weitergebildet und unterrichtet wird über die Fortschritte auf dem Gebiet der Augengläserherstellung. Im eigenen Interesse eines jeden, der Augengläser benötigt oder mit seinen jetzigen nicht zufrieden ist, oder dessen Fassung nicht gut sitzt, oder der an Kopfschmerz oder unter vorzeitiger Ermüdung der Augen zu leiden hat, wünsche ich, daß er eines meiner Geschäfte besuchen möge, wahrscheinlich wird er dann ebenfalls aus Ueberzeugung und Sympathie sagen, wie so viele Tausende vor ihm:

Sind's die Augen - geh zu Rubnke!

C Spittelmarkt Eds. Wallstr.	W Friedrich-Str. 103 a Eds. Leipziger Str.	SO Oranien-Str. 44 zwischen Markt- und Oranien-Platz	N Friedrich-Str. 106 Eds. Siegel-Str.	NW Friedrich-Str. 150 Eds. Dorotheen-Str.	Charlottenburg: Lützow-Str. 15 Eds. Markgrafen-Str.	Schöneberg: Königs-Str. 21 Eds. Waisen-Str.
Megander-Platz nahe Wäldchen	Leipziger Str. 113 Eds. Kaiser-Str.	S Kottbuler Damm 10 nahe Jandorf	Invaliden-Str. 104 Eds. Brannen-Str.	N Chaussee-Str. 72 nahe Wäldchen	Jochimsdaler Str. 2 nahe Str. 300	Friedenau: Klein-Str. 18 Eds. Kirch-Str.
SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jandorf	Claf-Str. 1 Eds. Potsdamer Str.	O Frankfurter Allee 14 nahe Klef	Invaliden-Str. 117 am Stettiner Wdh.	Schönhaujer Allee 81 am Wdh. Nordring	Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33 nahe Umland-Str.	Neußölln: Berg-Str. 4 Eds. Alben-Str.
						Spandau: Breite Str. 18 nahe Markt

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Sommerdirektion
Die Liebeslei
Oper von Franz Kemmann
Direktion: Max Melchardt

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Putsch u. Vermittler
Kammerstücke
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die
Mauschellen kriegt
Großes Schauspielhaus
8 Uhr: Die Weber
(11. Abteilung, 6. Abend)

Theater i. d. Königsgräber Str.:
Sommerabend zum ersten Male:
Notruf
Drama v. Herrn. Sudermann
Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER

Komödienhaus:
Abend 7.30 Uhr: Der
blonde Engel
7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Albert Hoffmann in
Traumulus
Trianon-Theater
8 Uhr: Ida Wälf in
Die große Leidenschaft
Kleines Theater
8 Uhr: Hans Wälf in
Der Dieb (Le voleur)
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Mein Leopold

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
Stimm-Programm!
Sonnt. 11-12, und 4-6 Uhr.

Casino-Theater

Eröffnung: Freitag, 12. August
mit der neuen Fosse
Excellenz Maxe



4 Black Diamonds
Ratoffs Chor
Carmollal
und 8 weitere Solisten

Zeitfeldstecher
6. und 8. Stadt, läuft ständig
M. Stackelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Ruhm 9299).

Schlafzimmer

eichenes, edler Marmor,
Nulles-Matrasen, 3500.-,
weiches 2500.-, Herren-
zimmer, schwere Ausfüllung,
Schlitten, 2650.-, Speise-
zimmer, helles Holz, mit
6 Polsterstühlen, 3700.-,
Rücken 500.-, Stuhlarm-
aturen 2500.-, Standuhren,
nagelneu, eichen, 1200.-,
Große Auswahl in schweren
Herren-, Speise- u. Schlaf-
zimmern enorm billig.

Hans Lennert
Lothringers Str. 55
am Rosenfelder Weg.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Jetzt noch

während der Renovierung meiner Geschäftsräume

Reinwollene u. kunstseidene Strickjacken in allen Farben	142.-
Imp. Mäntel (Seidenglanz, Popeline)	163.-
Seidenmäntel	245.-
Covercoatmäntel	198.-
Mantelkleider	254.-
Gummimäntel für Herren	385.-
Stoffröcke	45.- 69.-
Reinw. Tuchmäntel	342.-
Flotte Kostüme	236.-
Gesellschaftskleider	395.-
für Damen	295.-
Kammgarnröcke	129.- 185.-

Besondere Gelegenheitskäufe

Orig.-Modelle in Winter-Üstern	278.- 350.- 525.-
	800.- 1200.-
Fesche Pelzmäntel	2300.- 2950.- 3500.-
Seidenplüschmäntel	750.- 1070.- 1520.-
Sealplüschmäntel	2475.-
Astrachanmäntel	350.-

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin N 0, Gr. Frankfurter Str. 115

Am 8. August 1921, norm. 10 1/2 Uhr, entschlief sanft nach 2 1/2 Tagen kurzen und schmerzlichen meine liebe und fürstergende Frau und Mutter

Martha Maab
geb. Herbbe.
In tiefer Trauer
August Maab
Alfred als Sohn.
Berlin, Gartenstr. 68,
Rickerstr. 106.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. August, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des St. Georgskirchhofes, Sauerstrasse aus, statt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Der Kollegen zur Nachwelt, hat unser Mitglied, der Mechaniker

Johann Grzimek

Charlottenburg, Seifenheimer Straße 40, am 6. d. Mts. gekendet ist. Ihre solenne Andenken! Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 10. August, nachm. 4 1/2 Uhr, im Krematorium, Verkehrsstr. 12, statt. Regre Beileidigung erwünscht. Die Erbsenverwaltung.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl billiger Preise.
I. Robertstr. 37 (Kolonnen)

II. Gr. Frankf. Str. 115 (nahe Lindenstr.)
Auswahlleistung! Best. unter 7000 Sonnig geschlossen.

Einpaar

macht 10 Jahre Alter. Kräfte erhalten. Schenken sofort Ihre natürliche Farbe selbst unverwundbar wieder. 4. Preis gar unersch. **Alcoloy** in all. Farben erhältlich. 1/2 ltr. 16.- u. 10.-. 1000 Reichel, Berlin 46 Rosenstr. 4.

Schüler gesucht für den Betrieb kleinerer Dreifachmaschinen
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9.

Volks-Reise-Verband
Neukölln
Münchener Straße 53

Dom 3. bis 10. September

Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg

Wiederholung der v. 18.-28. Juni veranstalteten Reisefahrt. Teilnehmende ein schließlich Fahrt und Verpflegung 500 Mark. Anmeldeungen sind umgehend (reicht. auch schriftlich) gegen Einsendung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die Geschäftsstelle des V.R.V., Neukölln, Münchener Str. 53 zu richten.

Botenfrauen sofort gesucht!

Hauptexpedition Breite Str. 8-9

Expedition Reinickendorf-Ost
Residenzstraße 126

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Thurner- und Deutschkroner Straße
Waldenberger- und Friedeburger Str.

Expedition Lehmann
Suffiten-Str. 43
Reibung: 10-12 und 3-6 Uhr

Expedition W u h t
Choriner Straße 68

Expedition Wengels
Cadiners Straße 11

Expedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32
Reibung: 10-12 und 3-6 Uhr

Expedition Spieckermann
Pankow, Mühlenstraße 20

Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
„Freiheit“-Ausgabestelle

Steinmehstraße 23
„Freiheit“-Ausgabestelle

Charlbg., Wallstraße 90,
Seitenflügel part.

Expedition Pachmann
Stargarder Straße 13

NORDISCHE MESSE IN KIEL

vom 15. bis zum 18. September 1921

Gleichzeitig mit der Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft vom 9. bis zum 18. September 1921

Vier große Meßhäuser im Innern der Stadt / Kurze Verbindung der einzelnen Meßhäuser / Geringe Frachtkosten durch Benutzung des Wasserwegs nach und in Kiel / Günstigste Gelegenheit zur Geschäftsabwicklung mit den Nord-Staaten / Gute Unterbringung der Besucher

Bei der Messe sind folgende Geschäftszweige vertreten:

1. Schiffbau und Schiffbauhilfsmaschinenindustrie	9. Jagd- und Sportartikel
2. Schifffahrt u. Schiffsausrüstung einschl. Segelsport	10. Chemische Produkte u. Düngemittel
3. Fischerei	11. Heizungs- und wärmetechnische Artikel
4. Fischindustrie	12. Schreibmaschinen und Büroartikel
5. Elektrotechnische Artikel	13. Webwaren, Lederwaren, technische Kleinwaren, Drahtwaren
6. Maschinen u. Werkzeuge von Metall, Holz und dergleichen, Maschinen für Fabrik- u. Einrichtungsarten aller Art, Armaturen, technische Kleinwaren, Drahtwaren	14. Handwerkszeugnisse aller Art
7. Fahrzeugindustrie	15. Kunstgewerbe
8. Maschinen u. Geräte für den landwirtschaftl. Groß- u. Kleinbetrieb, für Garten- und Holz- sowie Milchwirtschaft und Tiergewinnung	16. Nahrungs- u. Genussmittel

Zur Ausstellung zugelassen zur Fabrikation und Großhandel, zum Besuch von Einzelhändler und ortsanwesende Interessenten

Pass- und Ausfuhrerleichterung
Auskunft erteilt das Meßamt, Kiel, Hans Germania

Fernspr. Nr. 4403-4405 / Drahtanschrift: Nordmesse Kiel

Soeben erschienen:

G. Sinowjew

Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale

Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, gegeben auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, Juni 1921.

107 Seiten
Preis broschiert 1.50 Mk.
geb. 6.- Mk.

Zu beziehen durch: Verlagsbuchhandlung Carl Noym Nachf., L. Cahndley, Hamburg VIII und durch alle Buchhandlungen u. Auslieferungstellen d. V. K. P. D.

Lampens von 80 W. an, Stocklaternen mit Glas u. Licht, von 60 W. an

Feuerwerk! Nieseauswahl, sehr billig

Bengalfeuer! Papiermützen von 10 W. an

Alle Artikel für Feste, Vorstellungen

A. Maas & Co., Berlin F.
Markgrafstr. 84
an der Einheitsbr. 8-6 Uhr. Begr. 1880

Geschlechtsleiden

Harnröhrenleiden, triach und speziell veraltet, Syphilis, Mannschwäche, Weissflus behandelt ohne Berufsänderung

Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin N 6, Potsdamer Strasse 123 B.

Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11. Beleg. Brosch. mit zahlr. Dankscr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quacksalb. u. andere Gifte gegen M. 2,- diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Voranzeige!

Im untergezeichneten Verlage erscheint in den nächsten Tagen

Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zutreffenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von Rudolf Weck
Arbeitssekretär in Rönigsberg i. Pr.
Preis ca. 8.- Mark

Organisationen Preisermäßigung • Vorbestellungen richtet man sofort an die

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Berlin C 2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Ferienfreuden der Proletarierkinder

Gar manche Eltern sehen den Schulfreien und ganz besonders den großen Ferien mit gemischten Gefühlen entgegen. Sie sorgen sich um ihre Kinder, denn wo sollen die kleinen unruhigen Geister während dieser Zeit untergebracht werden. Für die wenigsten Kinder bietet sich die Möglichkeit, sie auf das Land zu Verwandten zu schicken, entweder sind sie nicht in der glücklichen Lage, solche zu besitzen, oder, wie es meistens der Fall ist, die Eltern verfügen nicht über die nötigen Gelder, denn auch bei Verwandten raucht in den meisten Fällen nur der Schornstein, wenn mit Papier- Scheinen nachgeholfen wird.

Wie können sich die unterernährten Kleinen, die sich von den verheerenden Folgen des glorreichen „Stahlbades“ noch nicht erholen konnten, nach Luft und Sonne, nach der freien Natur, nach Spiel und Freude! Und wieviel von Arbeiterkindern leben auch in der Ferienzeit nichts anderes, als die haubige Straße mit ihren mannigfachen Gefahren, oder müssen sich auf den sonnenlosen und stickigen Höfen der Mietkasernen tummeln. In stiller Wehmut, mit etwas Leid im Herzen, hören sie ihren glücklicheren Freunden und Freundinnen zu, wenn diese ihnen erzählen, daß sie während der Ferien in ferne Gegenden fahren können, um sich dort an Leib und Seele zu erholen. Was sich da in einem vom Schicksal zurückgebliebenen Kinderherzen alles abspielen mag, kann man nicht beschreiben, nur entfernt kann man es fühlen. Wieviel stumme und verdrückte Tränen mögen fließen, und wie manches Kind mag an die Eltern die Frage richten: warum Pieschen und Fischen wegfahren können, und warum es selbst zu Hause bleiben muß? Schweren Herzens werden oft die Eltern, weil sie eben arme Proletarier sind — vielleicht auch noch arbeitslos —, antworten: daß man froh sein müsse, wenn das Geld zum Stillen des Hungers ausreicht.

Darum fanden die vor einigen Jahren eingerichteten Ferien- spiele so großen Beifall, konnte hier doch unseren Kleinen ein ge- ringer Ertrag für die so ersehnte und so nötige Ferienreise gegeben werden.

Was Neugier mit den beschränkten Mitteln durch die Energie des zuständigen Dezenten, des Genossen Schneider, auf dem Gebiete der Ferienspielplätze, der Verpflegung und Be- aufichtigung der Kinder geschaffen hat, kann als musterhaft be- zeichnet werden. Auf zwei großen Spielplätzen, der sogenannten A- btei, und dem Spielplatz in der Königsheide, er- halten sich täglich insgesamt 4000 bis 5000 lust- und lüftungsrige Arbeiterkinder. Sie alle fühlen sich recht wohl, haben glänzende Augen und nur einen Wunsch, daß die großen Ferien wieder von vorn anfangen.

In der Abtei

Beim Betreten des Spielplatzes auf der Abtei — auf dem durchschnittlich 400 Kinder täglich spielen — stürmen kleine Mädchen auf uns zu und drücken uns ohne Knien und ähnlichen Fiktionen hochgehobenen Hauptes und mit offenen Augen zum Willkommen die Hand.

Zum Spiel werden die Kinder nicht gezwungen. Eine Gruppe tanzt Reigen oder spielt Ball, andere Kinder ruhen auf den mit- gebachten Decken oder haben sich ein hübsches Plätzchen zum Lesen ausgesucht, und ein ganz vorforschliches Grüppchen hat sich zurück- gezogen, um aus Papierblumen kleine Kränze zu flechten für . . . das Abschiedsfest am kommenden Donnerstag. Die Handfertigkeit und der Farbeninn der kleinen Künstlerinnen ringt Bewunderung ab. Vor einem riesigen Kessel in der Küche des Spielplatzes steht eine hämmige, lauter gekleidete Köchin, die durch stetes Umrühren darauf achtet, daß der Brühreis, der das heutige Menü bildet, nicht anbrennt. Neben dem guten und reichlichen Mittagessen er- halten die Kinder am Vor- und Nachmittag Kaffee mit Schrippen. Während sich die Kinder den ganzen Tag frei tummeln können, müssen sie noch dem Essen einige Stunden ruhen. Das ist der ein- zige Zwang, unter dem sie stehen. Vor etwaigem Unwetter schützt die Kinder eine geräumige Halle mit Stühlen und Tischen.

In der Königsheide

Der Spielplatz in der Königsheide gibt etwa 4000 Kindern Freude und Spiel, und ist durch große Schilde als „Ferien- spiel- platz Rixdorf“ gekennzeichnet. Die Königsheide ist ein idealer Spielplatz für die kleinen Kader. Genau wie die Alten, haben die Kleinen ihre Zelte aufgeschlagen, andere haben sich mit Gras und Nadeln und Moos kleine Zimmer gebaut. Eifersüchtig wachen sie darüber, daß nicht irgendein Nadelholz ihnen ihre kleine Wohnung zerstört. Vor der Sonne sind die Kinder durch den Wald geschützt, und bei etwa einsetzendem Regen wandert alles mit Saft und Bad in die nahen Baraden. Auch hier in der Königsheide wurden wir

von den Kleinen freudig begrüßt. Die Kinder fühlen sich alle recht wohl und benehmen sich auch ohne Zwang durchaus manier- lich. Papier wird in die zahlreichen Papierkörbe getragen, und gar mancher Große könnte von den Kleinen lernen, daß Stufen- papier nicht in den Wald gehört. Ein Schatten huscht über die kleinen Gesichter, wenn man davon spricht, daß nun die Ferien- spiele bald beendigt sind.

In der Küche des Spielplatzes Königsheide war gerade Hoch- betrieb. Zum Mittagessen gab es Grieß mit Backpflaumen. Eine Kostprobe überzeugte uns von der Güte und Schmackhaftigkeit des Essens. Die Küchenanlagen sind außerordentlich sauber und praktisch angelegt. Etwa 500 Kinder können innerhalb 10 Minuten ihr Essen erhalten, das sie in den Baraden, die ebenfalls sehr rein- lich sind, zu sich nehmen. Mit dem Essen sind die Kleinen sehr zufrieden, umso mehr, da jedes Kind soviel Essen erhält, als es wünscht. Von dem gut gelächten Grieß nahmen sich die Kleinen fast alle einen Löffel voll mit zu ihren Gruppen- spielplätzen, um ihn nachmittags kalt als Grießsuppe zu essen.

Die Pflegerinnen und Pfleger

Je 50 Kinder haben eine Gruppenführerin oder einen Führer, die mit Liebe und Verständnis ihres verantwortungsvollen Amtes warten. Sie spielen sich nicht als Führer auf, oder gar als Borgesehte, sondern mehr als große Geschwister. Soich eine Gruppe ist eigentlich mehr eine große Familie, und die Pflegerin kennt ganz genau die Schmerzen ihrer Schutzbefohlenen. Allen Pflegerinnen und Pflegern gebührt aufrichtiger Dank für ihre Aufopferung und Selbstopferung. Treue Anhänglichkeit der Kinder, und nicht die paar Mark Entschädigung für die tägliche zwölf- stündige Arbeitszeit wird ihnen Genugtuung verschaffen. Die Pflegerinnen erhalten daselbe Essen wie die Kinder.

Der Besuch der Ferien- spielplätze, der auch für jeden Erwachsenen ein Erlebnis ist, läßt sich erst recht die Tragweite des Beschlusses des Berliner Magistrats auf vorzeitigen Schluß der Ferien- spiele auf den übrigen Spielplätzen erkennen. Der Beschlus ist bekannt- lich damit begründet worden, daß die bereitgestellten Mittel vor- zeitig aufgebraucht und weit überschritten worden seien. Die Mittel sind aber allem Anschein nach durch ungewöhnliche Ver- wendung sowie durch Mangel an Ueberzählichkeit vorzeitig auf- gebraucht worden. Das Jugend- pflegeamt hätte solche Zu- stände nicht aufkommen lassen dürfen. Auf jeden Fall konnte man soweit Vorforsae verlangen, daß die Ferien- spiele für den ganzen Sommer gesichert worden wären. Waren Einschränkungen nötig, so konnten diese beizzeiten getroffen werden. Durch eine sinnemäße Verwendung der Mittel hätte sicher der Schluß auch verhindert werden können. Das Beispiel Neuköllns beweist, daß auch mit geringen Mitteln, mit denen vernünftig umgegangen wird, sich eine ganze Menge schaffen läßt. Man muß dabei zu dem Schluß kommen, daß die Leitung der Ferien- spiele zweckmäßig nur durch die Bezirksämter ausgeübt werden kann.

Tuberkulosebekämpfung

Berlin ist seit einigen wenigen Tagen um eine volkshygienisch hochbedeutende, sehr wertvolle ärztliche Einrichtung reicher. Die Berliner haben es nun nicht mehr nötig, nach Daxos und anderen bekannten teuren Luftkurorten zu reisen. Sie können daheim bleiben und mit Aussicht auf besten Erfolg sich hier behandeln, und kurieren lassen. Wie allgemein bekannt ist, hat die Tuberkulose in Deutschland erhebliche Fortschritte gemacht, teils infolge von Ernährungsschwierigkeiten, Wohnungsmangel und aus anderen Ursachen. Die Zunahme ist nicht auf die Lungentuberkulose be- schränkt geblieben, sie erstreckt sich auch auf die Erkrankungen an Knochen- und Gelenktuberkulose. Die Erfolge, die man in Höhen- lügen und anderen Stellen mit der Bierschen Stauung, den Appa- raten und Methoden von Dr. Riich gemacht hat, haben zu der An- regung geführt, in Berlin ein Ambulatorium nach Angaben des Dr. Riich zu errichten. Diese Anregung fand die Unterstützung des Kultusministeriums und des Magistrats Berlin. Nach jahre- langem Bemühen ist jetzt dies neueste Ambulatorium mit den allerneuesten Apparaten usw. für Sonnenbestrahlung usw. auf dem vom Magistrat zur Verfügung gestellten ehemaligen Exerzierplatz an der Eberswalder Straße unter der Leitung von Dr. Riich er- öffnet worden.

Die Behandlungen finden täglich, auch an trüben Tagen, von 9 bis 4 Uhr statt, und zwar, was hervorgehoben zu werden ver- dient, mit ausgezeichneten Erfolgen. Den Patienten steht in dem

neuen Ambulatorium außer der Volksspeisung (Mittagessen zu 1,75 Mk.) auch die Dauterpeisung zur Verfügung. Daß kein be- kanntes Mittel und keine bekannte und erprobte Methode in diesem modernen Ambulatorium unbenuzt bleibt, ist der Vorzug dieser neuesten Einrichtung zur Bekämpfung der mörderischen Tuberkulose.

Drohende Einstellung der Parkarbeiten

Der Gesamtbetriebsrat des Siedlungs- und Wohnungswesens (Gruppe Parkverwaltung) hielt gestern vormittag im Berliner Rathaus eine Sitzung ab, zu der die Betriebsleiter der Garten- verwaltungsbezirke sowie die Stadtverordneten des Parkaus- schusses geladen waren. Erschienen waren nur die Vertreter der U. S. P. und der K. P. D. Zur Verhandlung stand die bedauer- liche Tatsache, daß die im Etatsjahr 1921 für die Parkverwaltung eingestellten knappen Mittel bereits jetzt schon beinahe ausge- braucht sind, so daß in allernächster Zeit bedeutende Arbeiter- entlassungen stattfinden müssen, wenn nicht schleunigst neue Mittel bereitgestellt werden. Außerdem bedeutet der Mangel an Mitteln eine weitere Verlotterung der jetzt schon im argen liegenden öffentlichen Anlagen und Plätze, was natürlich für die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins erhebliche Schäden an Gesundheit und Leben bedeutet. Allezeit würde dieser Gesichtspunkt anerkannt und wurden, nachdem unser Vertreter seinen diesbezüglichen Standpunkt dargelegt hatte, 3 Resolutionen angenommen, welche von dem Berliner Magistrat und den einzelnen Bezirksämtern erneute Mittel fordern (eventl. aus Vorbehaltsmitteln), um dem verlotternden Zustand der öffentlichen Anlagen abzuhelfen und den drohenden Arbeiterentlassungen vorzubeugen. Die Betriebs- räte erklärten sich der Kammerer und der Magistrat ab- lehnen. Sie sollten, sich erneut an die Öffentlichkeit zu wenden.

Wo stimmt nicht?

Ein alter Wis erzählt von einem biederen Landmann, der am Hochartenshalter der Eisenbahn vom Preise etwas abhandeln wollte und nach dem Fehlschlage dieses Verkaufs erklärte, „na dann lassen sie es bleiben, es gibt ja noch mehr Bahnhöfe.“ So ganz unwahr scheint der Mann gar nicht gehandelt zu haben. Nach den Erfahrungen, die ein Reisender vor einigen Tagen machte, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch sein Vorhaben von Erfolg gekrönt war. Der Reisende, der im Juli von Schleifischen Bahnhof eine Fahrt antrat, mußte dafür 25 Mark bezahlen, als er einige Tage darauf die gleiche Fahrt, aber dies- mal vom Bahnhof Friedrichstraße aus machen wollte, wurden ihm 30 Mark abgefordert. Auf den Einwand, daß die gleiche Fahrt vom Schleifischen Bahnhof nur 25 Mark kostet, erklärte die Scher- terbeamtin, der Apparat ist erst vor einigen Tagen geprüft wor- den, folglich ist die Summe richtig. Darauf wurde auf die Fahr- tarife verzichtet und nachher am Schleifischen Bahnhof gelöst, wo tatsächlich auch wieder nur 25 Mark abgefordert wurden.

Ein gefährliches Dienstinstrument

Vor längerer Zeit berichteten wir über die Tatsache, daß zu dem vorhandenen Gerät auf allen Bahnhöfen auch ein Gummi- knüppel gehört. Kenntnis von dem Vorhandensein erhielten wir durch eine Anwendung dieses Instrumentes von Beamten gegenüber Reisenden. Der Vorfall liegt einige Zeit zurück. Wir hatten geglaubt, daß die Eisenbahnverwaltung danach selbst für die Beseitigung des Gummi- knüppels auf den Bahnhöfen sorgen würde. Dieser naheliegende und notwendige Beschluß ist nicht durchgeführt worden. Dadurch konnte am letzten Sonnabend der Gummi- knüppel auf dem Bahnhof Westend abermals eine traurige Rolle spielen. Im Beisein von Zuschauern sollen nach Angabe mehrerer Zeugen Bahnhofsbeamte völlig grundlos auf Reisende mit dem „Dienstinstrument“ eingeschlagen haben. Eine genaue Feststellung des Sachverhalts hat man danach verhindert, indem man kurz vor dem Bahnhof schloß und alle Zeugen vom Bahnhof wies. Wir hoffen, daß der Vorfall durch die vorgelegte Behörde genau untersucht und dann endlich mal die Beseitigung der Gummi- knüppel verfügt wird. Oder will die Verwaltung damit so lange warten, bis einmal jemand damit getötet wird?

Gefährliche Enttäufse

Einem geplanten Anschlag entgangen ist ein Berliner Chauffeur, der ein kleines Gut zu kaufen beabsichtigte. Auf seine Anzeige empfahl ihm ein Schlichter Bächle ein Landgut in Fahlenwerder bei Landsberg. Nach schriftlicher Verständigung kam Bächle nach Berlin und suchte den Chauffeur zu veranlassen, das Kaufgeld gleich mitzunehmen. Der Mann war jedoch vorsichtig genug, das nicht zu tun. Von Landsberg aus gingen die beiden Männer auf

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Nachdruck verboten.)

Endlich kam Heinrich an. Größer und hagerer mit einem milden, molanten Lächeln, das jedes teilnehmende Wort ab- lehnte, ja fast höhnisch zurückwies. Er sah mit einer Ruhe und Ueberlegenheit am Tisch, wie wenn er der Aelteste und Erfahrenste der Tafelrunde wäre; von Zeit zu Zeit befiel ihn eine kurze lärmende Lebendigkeit, die zusammen mit den hektisch roten Backen und den brennenden Augen be- ängstigt wirkte. Sonst machte er durchaus nicht den Ein- druck eines Kranken, lebte auch nicht so, nur wie einer, der Ferien hat und sich am Schlafen und gut Essen und Trinken wohl sein läßt.

Die Abende machten nun fast einen gemüthlichen Ein- druck. Das Feuer knatterte im Ofen, während der Wind an diesen stürmischen Dezembertagen in den Kaminen des weißen Hauses rumorte; die Läden schlugen, und Alwine schimpfte über die Nachlässigkeit der Diensthofen, die sie niemals befehtigten.

„Ich finde im Gegentheil, das gibt Stimmung.“ sagte Helene grobhartig, „so eine brausende Spätherbstnacht, die wilden Schläge, das Gestöhne im Schornstein; man denkt an allerlei Gruseliges, das Haus Usher oder ähnliches.“ Sie schmeigte sich wohligh tief in ihren Lehnstuhl, wo sie in einen großen weichen Schal gewickelt zwischen bun- farbigen Kissen in ihrem weißen englischen Kleide ruhte. Sie hatte eben die Lesewut und las den ganzen Tag auf ihrem Zimmer, das sie heizen ließ.

„Das Holz, das in unserm Hause verbraucht wird,“ schimpfte Alwine, „ein halbes Vermögen fliegt zum Schorn- stein hinaus; um alberne Gespenstergeschichten zu lesen, heizt man nicht den ganzen Tag extra ein Zimmer; daß du das gestattest, Vater! Zulezt kannst du deinen schönen Wald schlagen lassen, wenn's so weiter geht!“

„Ach was, darauf kommt's doch nimmer an“, sagte der Vater unwirlich und griff nach der Zeitung.

„Ja, wenn du so sagst. — Auf das kommt's nicht an und auf das nicht.“

Auf einmal war am unteren Ende des Tisches der Name Thomann gefallen. Wer hatte ihn genannt? Es wurde ganz still ringsum, nur die Mutter sagte unsicher: „Wir werden bald Schnee haben, wenn es so weiter stürmt.“

Doch Alwine fing den Namen auf, und: „Thomann! Thomann!“ sagte sie gereizt und warf ostentativ ihre

Kastanien- schalen auf den Tisch, daß sie in die Höhe sprühten. („Käschde“ ah sie nämlich für ihr Leben gern.) „Thomann! Wie ihr nur das Wort aussprecht! Nächsten werdet ihr euch auf den Bauch legen, wenn die Rutische der Dynastie Tho- mann vorbeifährt! Und ich weiß!“ fuhr sie fort und schlug kriegerisch mit der Faust auf den Tisch, während ihre blanken, etwas hervorstehenden Augen rundum wanderten, „ja weiß' der Ahne war „e Knoppjudd“. Man sieht's ja dem Alten noch an, und dem Jungen erst recht.“

Helene fuhr auf wie eine Biene.

„Ich kenne deine Motive!“ rief sie, „ach, die Geschichte vom Fuhs!“

„Schwagt nicht dummes, unnützes Zeug,“ bemerkte der Vater finster, „die Kasse ist zufällig echt, durch und durch“, nahm seine Zeitung wieder vor, legte sie aber sofort mit unsicheren Händen so ungeschickt neben sich, daß sie zu Boden fiel, wo sie die Mutter mühsam aufhob.

„Ein echter „Gähhauer“ ist natürlich etwas über alle Zweifel Erhabenes“, spottete Helene.

„Ich würde mich niemals schämen, eine reiche Frau in einem Gähnbauerhof zu werden, das sag ich euch, ich habe keine Geheimnisse.“

„Wir kennen ihn“, sagte Heinrich gönnerhaft, und Helene fügte spitzig bei: „Den Schwollkopp.“

„Ein sicherer Schwollkopp in der Hand ist mir lieber als ein unsicherer Lord auf dem Dache“, gab Alwine zurück.

„Geschmacklos, meine Feuers, lediglich Sache des Ge- schmackes“, tat Heinrich überlegen.

„Sie achteten nicht auf den Vater, nur Peter bemerkte, wie er sich verführte, wie die Zeitung aus seiner Hand geglitten, und die Mutter einen scheuen Blick hinein- geworfen hatte.“

Jäh, ohne Gutenachtgruß ging der Vater, und die Mutter folgte ihm sofort; Peter hörte, wie sie sich langsam die Treppe hinaufschleppte und beim Vater eintrat.

Peter sagte die Zeitung und ging auch.

Diese Zeitung enthielt etwas Schweres, einen Schlag für die Eltern, Peter mußte das genau — irgendein Unheil barg sie. Er suchte und suchte und konnte nichts finden.

Endlich ihr Name, der Name Thomann; Verkauf, Ver- kauf von Wald, Parzelle — Andreaskreuz — Peter hätte beinahe laut aufgeschrien! Das war's! Der Wald! Der Vater hatte seinen Wald verkauft!

Peter sah ihn unstill, erregt, reizbar — so wie er die ganze Zeit gewesen — Nein und doch! er litt nicht! Peter dachte an die Abende, wo er mit Helene schäkerte, an heute

abend, wo er von den Thomanns sprach — Warum ver- riet er mit keinem Wort, daß er um Helenens heimliche Fahrten und Zusammenkünfte wußte?

Oh, pfui! So war's recht! Zuerst der Weiher, dann der Wald, vielleicht auch noch die Kinder —

Die Sippe, die Thomanns, kriegte den herrlichen Hoch- wald! Er war verloren, denn die schlugen ihn kurz und klein! Schon heute zitterte der Wald vor den Beilen, die ihn bedrohten! Der schöne Waldberg würde mit großen Wunden dastehen und seine zerrissenen Flanken unverhüllt dem weißen Haupe zeigen!

Von nun an schaute Peter verstohlen die Mutter an, und auch sie sah nach ihm hin. Oh, sie wußte gewiß um seine Betrübnis, sie hatten den gleichen Schmerz, nur konnten sie nicht darüber sprechen; es waren ihre Augen, die sagten: „Du weißt es, und dir tut es weh.“

Peter hatte die Unglückszeitung in der ersten Erregung verbrannt, wie wenn er dadurch alles aus der Welt schaffen und sich selbst beschwichtigen könnte. Seine Geschwister wußten noch nichts, aber den Wienen der Diensthofen sah er an, daß geredet wurde. Noch nie hatte es so viel heftige und leidenschaftliche Streite in den Diensthofenzimmern ge- geben wie jetzt.

Außerordentlich geschäftig, den Unbefangenen zu spielen, war der Kandidat. Er war natürlich Partei. Partei für den Felsenbrunner Hof. Er fühlte solidarisch mit Mann, Weib und Kind und war sofort gereizt, wenn einer über den Verkauf des herrlichen Hochwaldes schimpfen wollte. Warum sollte man Wälder nicht verkaufen? Wälder waren doch keine Menschen, Wälder hatten keine Gefühle, und es war ganz und gar gleichgültig, ob sie standen oder nicht. Er witterte heraus, daß es Peter an die Nieren ging. Ob- wohl er das durchaus sentimental und kindlich fand, sprach er doch nicht darüber, auch mit Peters Mutter nicht. Sie erschien ihm viel zu müd und bedrückt — sie wußte darum, während die andern noch unbefangen waren und die böse Nachricht wie ein düsterer, häßlicher Vogel über dem Haus schwebte.

Was in seinen Kräften stand, die blasse Frau zu zer- streuen, tat er. Stöße von Büchern schleppte er herbei und suchte seine Partnerin dafür zu entflammen; ja es gab förmliche Begeisterungswettrennen zwischen ihm und der Frau mit dem mädchenhaften Gesicht und den grauen Haaren. Er präparierte sich zu Hause, trug seine Weisheit mit erregter Freude nach dem Felsenbrunner Hof und stürzte sich mit schönem Eifer in die Schlacht. (Fortf. folgt.)

